



Meine Heimat Brandenburg

Landlust statt Landfrust

Landlust statt Landfrust

Heimatperspektiven für Brandenburg



Heimatperspektiven für Brandenburg

Auf dem Land hat sich in den vergangenen Jahren viel verändert. Wohl noch nie in ihrer Geschichte waren unsere Dörfer und Kleinstädte in einem so guten Bauzustand. Die Arbeitslosigkeit ist niedrig wie lange nicht und auch die Natur hat sich vielerorts von manch industrieller oder militärischer Belastung erholt. Brandenburg ist lebens- und liebenswert, auch und gerade weil die Besiedlungsdichte vielerorts nicht so hoch ist.

Und doch können wir mit der gegenwärtigen Lage gerade in den berlinfernen Dörfern und Städten nicht zufrieden sein. Viele junge Menschen haben die Heimat verlassen und berufliche Chancen in Großstädten ergriffen. Der sogenannte Speckgürtel um Berlin ist leider noch immer viel schlanker als bei vergleichbaren europäischen Großstädten. Schlechte Straßen und unzureichende Zugverbindungen erschweren das Pendeln zur Arbeit. Vielerorts fehlt die Netzinfrastruktur, um die Potenziale der Digitalisierung zu heben. Und nicht zuletzt fragt sich manch älterer Brandenburger sorgenvoll, ob und wie Pflege und ärztliche Betreuung auch auf dem Land in Zukunft funktionieren werden.


Die Landesregierung hat weder den Willen noch die Ideen, sich für den Erhalt gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Landstrichen stark zu machen. Sie lässt seit Jahren jeden Gestaltungsanspruch vermissen. Ohne Rücksicht auf die Heimatstrukturen sollen erst Landkreise und kreisfreie Städte und später auch die Gemeinden in anonyme, großräumige Verwaltungsgebilde gezwungen werden. Die Landesregierung will bürgerferne Zentralisierung und – wie es schon in Parteizeitungen der Genossen zu lesen war – „kontrollierte Verwilderung“. Sie geben damit dünn besiedelte Landesteile faktisch auf.

Doch in Brandenburg muss und darf es keine Verliererregionen geben. Gerade in Zeiten der Globalisierung bietet Heimat die Sicherheit, Geborgenheit und den Zusammenhalt, den sich viele Menschen mit ihren Familien wünschen. Wir wollen dem Land wieder eine Entwicklungsperspektive geben und setzen auf eine gezielte Stärkung der Dörfer und Städte in den Strukturen, wie sie sich nach der Deutschen Einheit bewährt und gefestigt haben. Wir wollen den Menschen wieder mehr Möglichkeiten einräumen, das Leben vor Ort eigenverantwortlich zu regeln. Dafür braucht es intelligente Lösungen, Ideen und den

gekonnten Einsatz neuer Technologien. Vor allem aber braucht es Zutrauen in die Fähigkeiten der Bürger. So ist auch in fünf, zehn und zwanzig Jahren ein gutes Leben in der Heimat möglich.

Mit diesem Papier zeigen wir die dringendsten Baustellen auf und liefern Lösungsansätze. Nicht von oben herab, sondern als Reaktion auf die konkreten Fragen des Alltags haben wir unsere Antworten entwickelt. Es gibt dabei nicht die eine Lösung, sondern viele einzelne Maßnahmen, die sich zu einem Gesamtbild starker Regionen zusammenfügen.

Die CDU Brandenburg fühlt sich als stärkste Kommunalpartei in unserem Land diesem Anliegen besonders verpflichtet. Wir werden dafür in Brüssel, Berlin, Potsdam und vor Ort in den Landkreisen und Gemeinden eintreten. Wir sind offen für jede gute Idee und jede Initiative, die das Landleben in unserer Heimat in den kommenden Jahren attraktiver und lebenswerter macht – vom Landkreis Prignitz bis nach Spree-Neiße, von der Uckermark bis nach Elbe-Elster.



Ihr Ingo Senftleben
Fraktionsvorsitzender

Vernetzt und Verbunden



Michael Voß
Landhaus Lenzener Elbtaule
Unbesandten (Lenzerwische), Prignitz

„Für uns als Tagungs- und Seminarhaus an der Grenze zwischen Niedersachsen, Mecklenburg und Brandenburg stellt es einen erheblichen Wettbewerbsnachteil dar, dass wir unseren Tagungsgästen kein schnelles Internet anbieten können.“

Die Situation in Brandenburg:

Im Dezember 2008 hatte die Landesregierung den Menschen versprochen, „die weißen Flecken auf der Landkarte im Wesentlichen bis Ende 2009 zu beseitigen“.

Doch bis heute sind zahlreiche ländliche Regionen von der Digitalisierung abgeschnitten. Knapp 67 Prozent der Brandenburger auf dem Land haben keinen Zugang zum schnellen Internet und mit lediglich 5 WLAN-Hotspots pro 10.000 Einwohner belegt Brandenburg bundesweit den letzten Platz. Für viele Brandenburger bleiben so selbst einfache Anwendungen – wie von Zuhause aus arbeiten, einen Facharzttermin online vereinbaren, eine Banküberweisung am heimischen PC tätigen oder im Internet einkaufen – nach wie vor Zukunftsmusik, weil die Internetverbindung zu langsam ist oder gänzlich fehlt.

Nicht besser sieht die Situation beim Handyempfang aus. Die Landesregierung stiehlt sich aus der Verantwortung und verweist mal auf die Zuständigkeit der Telekommunikationsunternehmen, mal auf die Bundesregierung oder gar die Kommunalpolitik. Die Folgen: Die Mobilfunkunternehmen halten die dünn besiedelten ländlichen Regionen für unwirtschaftlich, die Netzabdeckung bleibt lückenhaft, die Einwohner auf dem Land verlieren den Anschluss.

Das muss passieren:

- 1** Zügiger Breitbandausbau: Bis 2020 muss jeder Brandenburger schnelles Internet haben, zu Hause, auf der Arbeit und unterwegs. Dafür soll das Land Brandenburg alle zur Verfügung stehenden Fördermittel vom Bund und der EU nutzen und sie mit Landesmitteln kofinanzieren. Zusätzlich sind neue Finanzierungsformen (auch mit privatem Kapital) zu prüfen.
- 2** Freies WLAN in jedem öffentlichen Gebäude, um Besuchern einen kostenlosen Internetzugang mit Smartphones und Tablets anzubieten.
- 3** Förderung freier WLAN-Hotspots an touristischen Zielen, um die Attraktivität Brandenburgs zu erhöhen.
- 4** Schließung von Funklöchern: Die Landesregierung soll dringend Möglichkeiten prüfen, wie das Land Anreize für die lückenlose Erschließung durch die Mobilfunkbetreiber setzen kann. Es muss dafür gesorgt werden, dass Netzbetreiber, Bundesnetzagentur und die betroffenen Kommunen in direkte Gespräche treten und gemeinsame Lösungen für den Aus- und Aufbau der Mobilfunknetze anstreben. Zudem ist die rasche Einführung des 5G-Mobilfunkstandards vorzubereiten. Dafür ist ein Testfeld notwendig, um diesen Standard in Brandenburg schnellstmöglich zu etablieren.

Unser Ansatz:

Digitale Chancengleichheit in allen Regionen Brandenburgs: Schnelles Internet und guter Handyempfang sind heute elementare Standortfaktoren und eine Grundvoraussetzung für hohe Lebensqualität auf dem Land. Gute Verbindungen müssen daher zur Selbstverständlichkeit werden, für jeden und überall.



Das Land macht Schule



Jil Dase
Schülerin aus Wittstock

„An meinem Wittstocker Gymnasium würde ich gern auch Spanisch lernen können. Leider höre ich immer wieder: Für einen Spanisch-Kurs gibt es bei uns nicht genug Schüler.“

Die Situation in Brandenburg:

Busfahrten, die an Tagesausflüge erinnern, regelmäßiger Unterrichtsausfall und ein schlechtes Kursangebot – das ist der Schulalltag für viele Brandenburger Schüler auf dem Land. Auch fehlen trotz aller Meldungen zu Neueinstellungen immer noch Lehrer an Brandenburger Schulen.

Zudem haben Schulen auf dem Land mit sinkenden Schülerzahlen zu kämpfen. In den vergangenen Jahren hat Rot-Rot viele Grundschulen geschlossen. Vor diesem Problem stehen bald auch weiterführende Schulen. Manche Oberschule und manches Gymnasium wird sich fragen müssen: Gibt es für uns noch eine Zukunft?

An Gymnasien auf dem Land lässt sich schon jetzt oft nur das absolute Pflichtangebot organisieren: Mathe, Deutsch, Englisch. Besondere Fremdsprachen wie Spanisch, Italienisch oder Fächer wie Wirtschaft, Programmieren oder Psychologie können von den Schülern nicht gewählt werden. An vielen kleinen Gymnasien ist es schon schwierig, selbst ein klassisches Fach wie Latein anzubieten. Rot-Rot weigert sich aber beharrlich, über die Zukunft der Schulen auf dem Land auch nur zu reden.

Die Politik redet vom digitalen Klassenzimmer, von E-Learning und Bildungs-Apps für Tablet und Smartphone. Auch die Wirtschaft fordert, dass Schüler fit für die Digitalisierung werden müssen. Wer im IT-Bereich nichts drauf hat, gilt zunehmend als abgehängt. Auf Brandenburgs Schulen trifft das leider zu: Während Hochschulen und Unternehmen schon längst in der Cloud sind, arbeiten viele Schulen Brandenburgs noch mit den Computerkabinetten aus den 1990er-Jahren. Manche haben gar keinen schnellen Internetanschluss, von einem WLAN-Netz ganz zu schweigen.

Das muss passieren:

- 1** Wir wollen auf dem Land überall die sogenannte Kleine Grundschule möglich machen. Das heißt: Sobald die Schülerzahlen sinken, werden ältere und jüngere Kinder in einer Klasse gemeinsam unterrichtet – wie früher in der Dorfschule. Oberschulen wollen wir ermöglichen, auch mit nur einer Klasse in einem Jahrgang weiterzuarbeiten.
- 2** Weil wir kein Gymnasium aufgeben wollen, müssen wir sie bei Bedarf an mehreren Standorten organisieren. In den unteren Klassen verteilen sich die Schüler dann auf die nächstgelegene Zweigstelle, erst ab Klasse 11 kommen alle Schüler am Hauptstandort zusammen. Dann hat zwar nicht mehr jede Schule einen Direktor, aber jeder Ort behält seine Schule.
- 3** Wenn eine Schule nicht mehr nur in einem Gebäude untergebracht ist, wird sich auch der Unterricht verändern. Für Mathe und Deutsch wird es auch in Zukunft eine Klasse geben. In anderen Fächern kann künftig öfter E-Learning – also Lernen am Computer – in die Unterrichtsgestaltung einbezogen werden. Die Schüler müssen dann nicht am gleichen Ort sein, sondern können sich über das Internet miteinander verbinden: eine Klasse in mehreren Klassenzimmern.
- 4** Wer Lehrer aufs Land bringen will, der muss sich etwas einfallen lassen. Unsere Idee ist ein Landlehrerstipendium. Wer sich bereit erklärt, später als Lehrer auf dem Land zu arbeiten, den wollen wir schon während des Studiums mit 300 Euro im Monat unterstützen. Das Stipendium soll auch als Möglichkeit genutzt werden, die Lehrerausbildung stärker zu steuern und bestimmte Fächerkombinationen zu fördern, bei denen die Lehrer besonders fehlen.

Unser Ansatz:

Bei der Organisation von Schule braucht es mehr Flexibilität, bei der Gestaltung des Unterrichts mehr Kreativität und bei der Suche nach Lehrern neue Ideen. Gerade die digitale Entwicklung bietet die Möglichkeit, dass auch künftig das Land Schule machen kann.



Entscheidungen vor Ort



Mona Pritzkow
Ortsvorsteherin Gandenitz

„Als Ortsvorsteherin von Gandenitz, einem Ortsteil von Templin in der Uckermark, werde ich zwar zu vielen Themen angesprochen, wirklich entscheiden kann ich aber kaum etwas. Denn das geschieht in Potsdam oder unserer Kreisstadt Prenzlau. Ich möchte mehr für meine Gemeinde regeln und bewirken, denn vor Ort wissen wir am besten was los ist.“

Die Situation in Brandenburg:

Brandenburg steht vor einer wichtigen Entscheidung, die die Zukunft unserer Heimat ganz entscheidend beeinflussen wird. Wenn die geplante Kreisgebiets- und Gemeindereform Realität würde, bedeutet das Zentralisierung, weite Wege und Bürgerferne. Eine von oben verordnete Kreisgebietsreform zerschlägt bewährte Strukturen und damit auch regionale Traditionen und Identitäten.

Gerade weil im Jahr 2030 rund die Hälfte der Brandenburger auf nur 15 Prozent der Fläche, nämlich im sogenannten Speckgürtel leben werden, darf dies nicht zu einer faktischen Abschaffung der kommunalen Selbstverwaltung im übrigen Landesgebiet führen. Die Auswirkungen einer Kreisgebietsreform und der nachfolgenden Gemeindereform sind daher nicht nur für die Verwaltung wichtig; sie betreffen vielmehr das Selbstverständnis der Regionen. Es geht dabei auch um die Sorgen der Menschen, dass sich öffentliche Leistungen – das nächste Einwohnermeldeamt, die Zulassungsstelle, der Feuerwehrstützpunkt, die Polizeiwache oder das Krankenhaus – immer weiter von ihrem Leben entfernen.

Auch ein gut ausgebautes E-Government – das bisher in Brandenburg sträflich vernachlässigt wurde – kann immer nur eine gute Ergänzung, aber nicht der Ersatz für öffentliche Strukturen und Mitentscheidungsmöglichkeiten auf dem Land sein.

Das muss passieren:

- 1** Mit dem Konzept „Meine Heimat Brandenburg – Kooperation statt Zwangsfusion“ hat die Brandenburger CDU Vorschläge zur zukünftigen Struktur und Arbeit der Kommunen vorgelegt. Notwendige Reformen und bewährte Kommunalstrukturen werden dabei in Einklang gebracht.
- 2** Um durch Kooperation Schwächen abzubauen und Potentiale zu nutzen, soll ein Kompetenzzentrum für interkommunale Zusammenarbeit eingerichtet werden. So können beispielsweise gemeinsame Verwaltungsaufgaben, die Stärkung der Infrastruktur oder die Förderung von Wirtschaft und Tourismus unterstützt und koordiniert werden.
- 3** Bei der Gemeindefinanzierung müssen die Lasten der Fläche und die Erfüllung von Grundfunktionen stärker berücksichtigt werden.
- 4** Die Ortsteilverfassung wollen wir so verändern, dass die Bedeutung der lokalen Entscheider vor Ort gestärkt wird. Ortsteile müssen künftig ein größeres Mitspracherecht, beispielsweise bei Infrastrukturentscheidungen erhalten und nicht nur auf repräsentative Funktionen reduziert werden. Außerdem setzen wir darauf, dass jeder Ortsteil jährlich den Heimateuro in Höhe von mindestens fünf Euro pro Einwohner zur freien Verfügung erhält. Damit können beispielsweise lokale Bräuche gepflegt, Veranstaltungen durchgeführt oder auch Förderprogramme genutzt werden.
- 5** Regionale Medien, wie lokale TV-Anbieter und Lokalzeitungen, wollen wir dabei unterstützen, Diskussionen über wichtige kommunalpolitische Entscheidungen in den Kommunen zu verbreiten und damit die politische Beteiligung zu fördern. Mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten vor Ort und die Stärkung der Direktwahl der Landräte – beispielsweise durch eine extra Wahlbenachrichtigung zur Stichwahl – sind weitere Bausteine zu Stärkung der Bürgerbeteiligung.
- 6** Wir wollen Digitalisierung nutzen, um die Bürger- und Unternehmerfreundlichkeit der Verwaltung erheblich zu steigern. Dafür muss ein Bürgerportal und schrittweise ein digitales Bürgerkonto eingerichtet werden, für das die elektronische ID-Funktion des Personalausweises genutzt wird. Darüber können viele Verwaltungsdienstleistungen auf kommunaler, Länder- und Bundesebene einfach und sicher genutzt werden.

Unser Ansatz:

Eine moderne und leistungsfähige Verwaltung funktioniert nicht durch Fernsteuerung, sondern durch Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen dem Land und den Menschen in den Landkreisen und Gemeinden. Bürgernahe und effiziente Strukturen, mehr Eigenverantwortung vor Ort und modernes E-Government stehen nicht im Wettbewerb miteinander, sondern ergänzen sich sinnvoll.



Lange Strecke – kurze Fahrzeit



„Als Berufspendler bin ich auf schnelle Bahnverbindungen und gut ausgebaute Straßen angewiesen. Dabei darf aber nicht alles auf Berlin ausgerichtet sein, zum Beispiel müssen auch Dresden oder Leipzig gut erreichbar sein.“

Dipl. Ing. Torsten Ratke
Unternehmensberater aus Finsterwalde

Die Situation in Brandenburg:

Brandenburg ist Pendlerland: Rund 270.000 Brandenburger arbeiten in einem anderen Land, davon ca. 200.000 in Berlin. Im Vergleich der Bundesländer ist das die höchste Quote an Auspendlern. Oder anders: Beinahe jeder dritte Arbeitnehmer in Brandenburg pendelt über die Landesgrenzen.

Aber im Gegensatz zu den mobilen Bürgern bewegt die Landesregierung im Bereich Verkehr viel zu wenig.

Straßen: Die Investitionen in Erhalt und Ausbau der Landesstraßen werden immer geringer. Rund 60 Prozent der 5.800 Kilometer Landesstraßen sind in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand und werden nur noch notdürftig geflickt.

Schienenverkehr auf dem Land: Ein weiterer Rückzug der Bahn aus der Fläche des Landes ist nicht akzeptabel. Ziel muss es vielmehr sein, die Bahnhöfe auf dem Land als Ankerpunkte für wirtschaftliche und soziale Entwicklung auszubauen und die Verzahnung mit weiteren Mobilitätsangeboten zu verbessern.

Schienenverkehr im berlinnahen Raum: Auf vielen Linien des Regionalverkehrs sind die Züge stark überlastet. Insbesondere morgens und abends müssen Pendler in völlig überfüllten Fahrzeugen stehen. Verbesserungen durch weitere Taktverdichtungen scheitern an den durch Güter- und Personenverkehr bereits ausgelasteten Strecken sowie an fehlender Elektrifizierung oder zu kurzen Bahnsteigen. WLAN, um auf dem Weg zur Arbeit erste Aufgaben erledigen zu können, gibt es in Zügen bislang nicht.

Busse: Viele Fahrzeugflotten sind veraltet und es gibt oftmals keine barrierefreien Haltestellen und Fahrzeuge. Über 40 Prozent der Busse der Verkehrsunternehmen im Land Brandenburg sind älter als 10 Jahre.

Das muss passieren:

1

Berlin, Dresden und Hamburg müssen deutlich schneller aus Brandenburg erreichbar werden. Der Fahrplan im VBB-Netz soll nach den Maßgaben 90-60-30 angepasst werden. Das bedeutet: Berlin muss in maximal 90 Minuten aus allen Mittelzentren, in maximal 60 Minuten aus den großen Städten (Oberzentren) und in maximal 30 Minuten aus den Mittelzentren im Berliner Umland erreichbar sein. Bürgerbusse, Ruftaxis sowie Car- und Bikesharing müssen ausgebaut und mit neuen technischen Möglichkeiten kombiniert werden.

2

Selbstfahrende Busse und Bahnen werden den Verkehr revolutionieren und bieten gerade für das Leben auf dem Land ungeahnte Chancen. Hierauf muss sich Brandenburg vorbereiten. Entsprechende Verkehrskonzepte müssen entwickelt und erprobt werden. Weil das Auto für die individuelle Mobilität unverzichtbar bleibt, sind Elektromobilität und autonomes Fahren gerade auf dem Land wichtige Bestandteile einer zukunftsfähigen Mobilitätsstrategie.

Die Attraktivität von Bus und Bahn wird durch zusätzliche Kapazitäten sowie gezielten Infrastrukturausbau auf stark nachgefragten Strecken erhöht. Weiterhin sollen künftige Verkehrsverträge kostenfreie WLAN-Angebote verpflichtend beinhalten – das gilt auch für Züge des Regionalverkehrs und die Busse des ÖPNV.

3

Auf zahlreichen Strecken im Land Brandenburg wird der Bahnverkehr derzeit durch nicht elektrifizierte Strecken (z.B. zwischen Eberswalde und Wriezen) sowie Strecken, welche nur geringe Höchstgeschwindigkeiten zulassen (z.B. der Abschnitt Cottbus-Ortrand) ausgebremst. Die Behebung solcher Nadelöhre verbessert die Erreichbarkeit Berlins, der umliegenden Ballungsräume und optimiert den Anschluss des ländlichen Raums.

Durch den Bau einer Verbindungskurve am Kreuzungspunkt der Kremmener Bahn mit dem Berliner Außenring kann der RE 6 stündlich und direkt ins Berliner Zentrum durchgebunden werden. Von der Realisierung dieser Maßnahme profitieren ca. 140.000 Brandenburger.

Die Potsdamer Stammbahn muss reaktiviert werden. Dadurch verbessert sich der tägliche Arbeitsweg für die vielen Pendler aus den südwestlich von Berlin gelegenen Landesteilen enorm.

Unser Ansatz:

Wir werden bei der Diskussion der Mobilitätsstrategie 2030 mit einem eigenen Verkehrskonzept für den Schienenpersonennahverkehr aufzeigen, dass eine bessere, schnellere und weiter reichendere Anbindung aller Regionen in Brandenburg möglich ist. Der VBB wirbt mit dem Slogan: Alles ist erreichbar. Das reicht nicht. Wir sagen: „Alles muss besser, schneller und öfter erreicht werden.“



Zu Hause gesund alt werden



Dipl. oec. Karin Linke
Leiterin Medizinisches Versorgungszentrum Lübbenau

„Eine große Anzahl unserer Patienten kommt aus den Dörfern der Region. Ohne unser Versorgungszentrum wäre für viele keine vernünftige medizinische Versorgung gewährleistet. Die Menschen müssten ihre gewohnte Heimat aus gesundheitlichen Gründen verlassen – das wollen wir nicht!“

Die Situation in Brandenburg:

Weniger Kinder und mehr Rentner – gerade auf dem Land wirkt sich die demografische Entwicklung besonders drastisch aus. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird von jetzt rund 100.000 auf weit über 160.000 im Jahr 2030 steigen. Brandenburg hat im Bundesvergleich bereits heute die geringste Ärztedichte und auch der Bedarf an qualifizierten Pflegekräften kann mittlerweile nicht mehr gedeckt werden. Nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg droht in 13 der 46 Regionen eine Unterversorgung mit Hausärzten. Viele der Haus- und Fachärzte gehen zudem in den kommenden Jahren in den Ruhestand. Diese Versorgungslücken werden in Zukunft in keinem anderen Bundesland so heftig zu spüren sein wie in Brandenburg.

Anstatt zu reagieren, sprechen Vertreter des zuständigen Ministeriums vom „Leben auf eigener Gefahr“. 600 Millionen Euro soll die Kreisgebietsreform kosten, obwohl sie keiner will und keiner braucht. Nur eine Million Euro wird jährlich für die sogenannte „Pflegeoffensive“ eingesetzt: Eine gesundheitspolitische Katastrophe!

Das muss passieren:

- 1** Brandenburg braucht einen Gesundheitsplan, der mit dem Erhalt aller Krankenhausstandorte beginnt und über nachhaltige Versorgungsketten bei dem klassischen Landarzt oder der Gemeindeschwester endet. Vor allem darf die wirtschaftliche Leistungskraft von Krankenhäusern der Grundversorgung nicht durch überzogene Qualitätsanforderungen gefährdet werden. Die Bedürfnisse auf dem Land müssen im Gesetz verankert werden.
- 2** Besonders in ländlichen Regionen brauchen wir Medizinische Versorgungszentren und ein effektives Netzwerk mit allen Beteiligten, um ein umfassendes Angebot in der Pflege und der medizinischen Versorgung zu sichern.
- 3** Wir fordern eine Ausweitung der Studienbeihilfen an Medizinstudenten nach dem Vorbild des Landkreises Elbe-Elster. Außerdem muss eines ein pharmazeutisches Institut zur Apothekerausbildung eingerichtet werden.
- 4** Die Telemedizin bietet die Chance, räumliche, aber auch zeitliche Distanzen in der medizinischen Betreuung zumindest teilweise zu überbrücken. Dafür braucht es ein ausgewogenes Landeskonzzept.
- 5** Wir fordern die sofortige Einrichtung einer Pflegekammer auch für die Gesundheitsregion Brandenburg.
- 6** In Brandenburg soll die Ausbildung der derzeit über 800 Sozialassistenten künftig für die sogenannte Pflegehilfe umgewandelt werden. Somit kommen die Absolventen dort zum Einsatz, wo sie gebraucht werden.
- 7** Der Bau von Alten- und Pflegeheimen muss ebenso gefördert werden, wie außerfamiliäre Lösungen, zum Beispiel Mehrgenerationenhäuser.

Unser Ansatz:

Eine gute medizinische Versorgung ist eine Kernaufgabe des Staates. Hier darf es keinen Rückzug aus der Fläche geben. Konsequenter als bisher müssen bestehende Angebote zusammengeführt und vernetzt werden. Außerdem muss mehr Fachpersonal ausgebildet werden, denn ohne Ausbildung kein Angebot. Unser Ziel ist es, dass Menschen so lange wie möglich selbstständig in ihrer Heimat leben können, auch auf dem Land.



Heimische Landwirtschaft stärken



Mathias Schmidt
Bauer aus Reichenow-Möglin OT Reichenow

„Ein echtes Problem sind die außerlandwirtschaftlichen Investoren. In meiner Nachbarschaft sind zwei überregionale Holdings in große Betriebe eingestiegen, mit viel Kapital im Rücken. Die machen uns ortsansässigen Landwirten Konkurrenz, versuchen Flächen aufzukaufen oder zu pachten. Dadurch sind die Preise für Acker gestiegen. Es ist auch nicht gut für die Agrarstruktur, wenn das Geld, das diese Betriebe hier erwirtschaften, aus dem ländlichen Raum abfließt in die Taschen von Kapitalanlegern, denen unsere Dörfer völlig egal sind.“

Die Situation in Brandenburg:

Nach einer Untersuchung des Bauernbundes Brandenburg befinden sich inzwischen mehr als 110.000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche in den Händen auswärtiger Kapitalanleger. In den letzten Jahren hat sich dieser Ausverkauf unserer Landwirtschaft noch verstärkt. Das treibt nicht nur die Bodenpreise in Brandenburg unnötig in die Höhe, sondern erschwert auch den Flächenerwerb für unsere ortsansässigen Landwirte. Kostete ein Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche 2007 noch weniger als 4.000 Euro, so lag der durchschnittliche Kaufpreis 2014 bereits bei fast 14.000 Euro. Damit sind die Bodenpreise gegenüber 2007 um rund 350 Prozent gestiegen.

Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe schlug 2014 verschiedene Maßnahmen zum Schutz des landwirtschaftlichen Bodenmarktes vor. Nichts davon hat die rot-rote Landesregierung bisher umgesetzt. Der Ausverkauf geht somit unvermindert weiter, zulasten unserer ortsansässigen Landwirte.

Das muss passieren:

- 1** Aufgrund der starken Zunahme außerlandwirtschaftlicher Investoren braucht Brandenburg landesgesetzliche Regelungen, die eine ungesunde Bodenverteilung verhindern. Nach geltendem Grundstücksverkehrsrecht muss jeder Kaufvertrag genehmigt werden, wenn der Erwerber ein Landwirtschaftsbetrieb ist. Wir wollen das Vorkaufsrecht zugunsten ortsansässiger Landwirte auch ausüben, wenn der Erwerber zwar ein Landwirtschaftsbetrieb ist, dieser aber auswärtigen Kapitalanlegern gehört.
- 2** Regionale Produkte „Made in Brandenburg“ müssen durch ein gezieltes Agrarmarketing noch stärker in Brandenburg und Berlin etabliert werden. Die bereits bestehenden Regionalmarken „von hier“ und „natürlich Brandenburg“ sollten zu einer brandenburgischen Landesmarke für regionale Produkte hoher Qualität ausgebaut werden.
- 3** Durch Agrarforschung können weitere Potenziale genutzt und Einsatzfelder entwickelt werden. Gleichzeitig müssen jedoch die Risiken für die Landwirte im Umgang mit betriebsbezogenen Daten reduziert und der Missbrauch durch Dritte verhindert werden.
- 4** Durch das LEADER-Programm der Europäischen Union können dezentrale Impulse im ländlichen Raum finanziell unterstützt werden. Leider wurden in der Vergangenheit viele lokale Initiativen von der Landesregierung durch Bürokratie und ausbleibende Bescheide ausgebremst. Um engagierte Bürger und Gruppen besser zu unterstützen, müssen Genehmigungsverfahren optimiert und gestrafft und die Förderrichtlinien flexibilisiert werden. Im Ergebnis gilt es, Projekte vor Ort schneller und in größerer Zahl zu unterstützen.

Unser Ansatz:

Die CDU will ein Gesetz zur Verbesserung der Agrarstruktur für Brandenburg, das ortsansässige Landwirte stärkt und den Einfluss außerlandwirtschaftlicher Investoren auf den landwirtschaftlichen Bodenmarkt zurückdrängt. Nur auf diese Weise erhalten wir eine breite Streuung des Eigentums und eine leistungsfähige heimische Landwirtschaft.

